

Stand: 09.01.2026 01:57:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2649

"Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen I - Für eine faire Vergütung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2649 vom 26.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/4940 des WK vom 26.11.2019
3. Beschluss des Plenums 18/5260 vom 05.12.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 05.12.2019



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen I – Für eine faire Vergütung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Viele Lehrbeauftragte in Bayern bestreiten mit mehreren Lehraufträgen hauptberuflich ihren Lebensunterhalt. Der ergänzende Charakter des Lehrauftrags, wie es das Bayerische Hochschulpersonalgesetz (BayHSchPG) festschreibt, geht immer mehr verloren. Der Landtag setzt sich aktiv dafür ein, die Einhaltung der bestehenden Rechtslage gemäß Art. 31 BayHSchPG wiederherzustellen.
- Die Vergütung von Lehrbeauftragten, die zunehmend Daueraufgaben übernehmen und ohne die in den meisten Fällen nicht einmal das Pflichtangebot an Lehre sichergestellt werden könnte, ist unzureichend und muss dringend angepasst werden. Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Ermittlung und Festsetzung der Honorare für Lehrbeauftragte eine realistische und fachspezifische Aufwandsprüfung für Vor- und Nachbereitung durchzuführen mit dem Ziel, ein entsprechendes Gesamtvergütungsniveau wie bei den Lehrkräften für besondere Aufgaben sicherzustellen.

Begründung:

Die Rahmenbedingungen an den bayerischen Hochschulen haben sich in den vergangenen 15 Jahren erheblich verändert. Diese Entwicklung hat insbesondere mit dem Anstieg der Studierendenzahlen zu tun, der zu einem hohen Mehrbedarf in der Lehre geführt hat. Die Finanzierung der Hochschulen ist jedoch nicht analog gestiegen. Deshalb kann der Mehrbedarf an Lehre nicht immer über festes Personal gedeckt werden. Antworten der Staatsregierung auf Schriftliche Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der 17. Legislaturperiode, wie auch ein Fachgespräch im Juli 2017 im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Landtags, das auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stattfand, bestätigen, dass sich die Zahl der Lehrbeauftragten an Bayerns Hochschulen in den letzten Jahren stark erhöht hat. Bayernweit sind mehr als 12.400 Lehrbeauftragte (Stand 2017) an den Hochschulen beschäftigt, seit 2003 hat sich ihr Anteil sogar nahezu verdoppelt. Besonders die Entlohnung der Lehrbeauftragten ist besorgniserregend: Pro Auftragsstunde erhält eine Lehrbeauftragte oder ein Lehrbeauftragter im Durchschnitt 30 Euro. Vor- und Nachbereitungszeit werden i. d. R. nicht bezahlt; der Landtag hat die Staatsregierung auf Grundlage eines Antrags von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zwar aufgefordert, die Hochschulen anzuhalten, bei der Ermittlung und Festsetzung der Honorare für Lehrbeauftragte eine Aufwandsprüfung für Vor- und Nachbereitung mit dem Ziel durchzuführen, ein angemessenes Gesamtvergütungsniveau sicherzustellen (Drs. 17/18322, 17/20466), die zur Erfüllung dieser Maß-

nahme erforderlichen Mehrausgaben für die Hochschulen wurden aber im Nachtrags-
haushalt 2018 nicht berücksichtigt. Ferner besteht für Lehrbeauftragte kein Anspruch
auf Lohnfortzahlung, Urlaub, Kündigungsschutz oder Mindestlohn. Der Arbeitgeber hat
zudem keine Sozialversicherungspflicht.

Es gibt immer mehr Lehrbeauftragte, die über mehrere Lehraufträge parallel verfügen
und somit ihren Lebensunterhalt hauptberuflich mit Lehraufträgen bestreiten. Von ei-
nem ergänzenden Charakter der Lehraufträge, wie es das Bayerische Hochschulper-
sonalgesetz feststellt, kann längst nicht mehr die Rede sein. Besonders Sozial- und
Geisteswissenschaften – und hier vor allem die Sprachenzentren – sind davon betrof-
fen, aber speziell auch Kunst- und Musikhochschulen. Die Vergütung von Lehrbeauf-
tragten, die zunehmend Daueraufgaben übernehmen und ohne die in den meisten Fäl-
len nicht einmal das Pflichtangebot an Lehre sichergestellt werden könnte, ist unzu-
reichend und muss dringend angepasst werden. Folgerichtig zu steigenden Anforde-
rungen an die Lehrbeauftragten, wie die Übernahme von Daueraufgaben, höhere Fle-
xibilität, geringere Planbarkeit und soziale Absicherung, wäre eine angemessene Ver-
gütung, die sich in der Höhe am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-
L) orientiert, analog zur Entgeltgruppe der Lehrkräfte für besondere Aufgaben, die An-
gestellte im öffentlichen Dienst sind. Die Staatsregierung ist deshalb aufgefordert, zügig
für eine entsprechende Änderung der Lehrauftrags- und Lehrvergütungsvorschriften für
die staatlichen Hochschulen zu sorgen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/2649

Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen I - Für eine faire Vergütung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Verena Osgyan**
Mitberichterstatter: **Prof. Dr. Winfried Bausback**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 17. Sitzung am 9. Oktober 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 6. November 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 26. November 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

AfD: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FDP: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Robert Brannekämper

Vorsitzender



Ablehnung

Beschluss
des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/2649, 18/4940

Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen I – Für eine faire Vergütung

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Das an Nummer 1 der Liste stehende Konsultationsverfahren der Europäischen Union betreffend "Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen" wurde vom Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen am Dienstag endberaten. Der Ausschuss schlägt dazu die auf der Drucksache 18/5167 aufgeführte Stellungnahme vor. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt.

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 20, 21 und 28 der Liste. Das sind die Anträge der AfD-Fraktion betreffend "Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen" auf Drucksache 18/3889, "Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!" auf Drucksache 18/3890 und "Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte" auf Drucksache 18/4082. Der Aufruf der Anträge erfolgt, soweit zeitlich noch möglich, nach dem Tagesordnungspunkt 10, der Zweiten Lesung zu den Anpassungen im Beamten gesetz.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk ist dem so entsprochen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende
Europaangelegenheit, die Verfassungsstreitigkeit und
die Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Verkehr
Stadtverkehr – Evaluierung von EU-Maßnahmen
11.09.2019 – 04.12.2019
Drs. 18/4036, 18/5167 (E)

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				

**Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen.**

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. November 2019 (Vf. 17-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Lageplans zu Ausgleichs-/Ersatzmaßnahmen auf Fl.Nr. 253/2, Gemarkung Wenzenbach, zum Bebauungs- und Grünordnungsplan BG „Roither Berg“ der Gemeinde Wenzenbach vom 30. März 2015
PII-G1310.19-0016
Drs. 18/5027 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen I – Für eine faire Vergütung
Drs. 18/2649, 18/4940 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen II – Interessenvertretung und Mitbestimmung ermöglichen
Drs. 18/2650, 18/4941 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen III – Dauerstellen für Daueraufgaben
Drs. 18/2651, 18/4943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen IV – Aufstiegs- und Entwicklungschancen ermöglichen
Drs. 18/2652, 18/4944 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen V – Einrichtung eines Fonds zur Altersabsicherung von Lehrbeauftragten
Drs. 18/2653, 18/4946 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrbeauftragte an Hochschulen besserstellen VI – Verzicht auf Erklärung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit bei Erteilung von Lehraufträgen
Drs. 18/2654, 18/4947 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu Lehrbeauftragten
Drs. 18/3949, 18/4961 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

10. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP) Einzelfallbezogene politische Weisungen gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen
Drs. 18/2985, 18/5024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Tierschutzrecht in der Nutztierhaltung effizient umsetzen I –
Verstöße strafrechtlich verfolgen und Defizite im Personalbereich
abbauen
Drs. 18/3629, 18/4962 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
■	■	■	■	■	■

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Tierschutzrecht in der Nutztierhaltung effizient umsetzen II –
Digitale Kontrolle der Tiergesundheit
Drs. 18/3630, 18/4915 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Leben retten – Drogenkonsumräume legalisieren
Drs. 18/3701, 18/5000 (A)

Auf Antrag der AfD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Pflegende Angehörige entlasten – Mehr Anbieter für Angebote zur Unterstützung im Alltag
Drs. 18/3702, 18/5001 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahlf u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Transparenz für alle in der 24-Stunden-Betreuung – Bündnis gegen die illegale Beschäftigung
Drs. 18/3758, 18/5002 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
■	■	■	■	■	■

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schubel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Personalmangel am Landgericht Regensburg Drs. 18/3766, 18/5025 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kinderrechte im Grundgesetz verankern
Drs. 18/3769, 18/4858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Programm „Imkern an der Schule“ stärken – Erhöhung der pauschalen Förderung
Drs. 18/3810, 18/5046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> A

19. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD
Expertenanhörung zum Thema „Schulbegleitung“
Drs. 18/3817, 18/5052 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> Z	<input checked="" type="checkbox"/> Z

20. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Nennung der Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Pressemeldungen
Drs. 18/3889, 18/4795 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

21. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!
Drs. 18/3890, 18/5014 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u. a. CSU Bericht zur ärztlichen Versorgung in Kinderhospizen
Drs. 18/3934, 18/5003 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,
Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bildung muss umsatzsteuerfrei bleiben
Drs. 18/3996, 18/5047 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

24. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl u. a. SPD
Gefahr durch PFOA und PFOS: Bevölkerung aufklären und schützen
Drs. 18/4001, 18/4838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Erwachsenenbildung (v. a. allgemeine Weiterbildung) muss
umsatzsteuerfrei bleiben
Drs. 18/4029, 18/5048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

26. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u. a. SPD
Bericht zur politischen Bildung und Demokratieerziehung an den beruflichen Schulen in Bayern
Drs. 18/4035, 18/5053 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Psychosomatische Versorgung von Kindern und Jugendlichen flächendeckend sicherstellen!
Drs. 18/4079, 18/5004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

28. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte
Drs. 18/4082, 18/4945 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülsären Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften in Bayern Drs. 18/4196, 18/4857 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>